



Beschlussvorlage 2014/181	Referat	Finanzreferat
	Abteilung	Abt. 20, Finanzreferat
	Verfasser(in)	

Gremium	Termin	Vorlagenstatus
Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration	31.07.2014	öffentlich

Einrichtung einer sozialpädagogischen Betreuung von Asylsuchenden und die Unterstützung von Ehrenamtlichen im Stadtgebiet Friedberg

Beschlussvorschlag:

Mündlicher Sachvortrag

anwesend:	für den Beschluss:	gegen den Beschluss:
-----------	--------------------	----------------------



Sachverhalt:

1. Ausgangs-/ Auftragslage

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum städtischen Haushalt 2014 stellte die Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Stadtrat den Antrag, für die Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle mit einer wöchentlichen Arbeit ein von 15 Stunden zur Betreuung der Asylsuchenden und der Unterstützung der ehrenamtlichen HelferInnen einem Betrag in Höhe von 18.000 € in den Verwaltungshaushalt 2014 einzustellen. Mit Antrags schreiben vom 12. Januar 2014 führte die Fraktion die Notwendigkeit ihres Antrages näher aus.

In Anbetracht der straffen Abfolge der Haushaltsberatungen hatte eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Antrag grundsätzlich nicht stattgefunden, die erforderlichen bzw. beantragten Haushaltsmittel wurden jedoch in den Verwaltungshaushalt eingestellt

Derzeit wohnen rund 78 Asylbewerber, die in dezentralen Unterkünften untergebracht sind, im Stadtgebiet Friedberg.

2. Zuständigkeiten

Für die Betreuung von Asylbewerbern, in dezentralen Unterkünften untergebracht sind, ist der Landkreis Aichach Friedberg zuständig. Die Betreuung von Asylbewerbern, die in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, obliegt der Regierung von Schwaben. Beide Institutionen nehmen im Rahmen ihrer Aufgabenzuweisung diese Betreuung auch wahr. Ein stark finanziell limitiertes Zuschussprogramm der LAGFW weist den durchführenden Stellen entsprechende Haushaltsmittel zu.

Eine Betreuung der anerkannten Asylbewerber wird von diesen jetzt angestellten Überlegungen jedoch nicht abgedeckt.

3. Mögliche Lösungsansätze

Für die Verbesserung der Situation eröffnen sich grundsätzlich vier Lösungsansätze:

- Die Stadt Friedberg nimmt sich durch eigenes städtisches Personal in eigener Verantwortung dieser Aufgabe an.
- Die Stadt Friedberg veranlasst über politischem Weg die Ausweitung der bisherigen Personalkapazität von 1,5 VK, die derzeit für das gesamte Gebiet des Landkreises Aichach Friedberg zur Betreuung von Asylsuchenden zur Verfügung stehen. Eine Finanzierung der Verbesserung der personellen Ausstattung erfolgt wie bisher über die Kreisumlage des Landkreises.
- Die Stadt Friedberg beauftragt einen Träger der Wohlfahrtspflege mit der direkten Aufgabenerfüllung und nutzt somit die Ressourcen und das Netzwerk des Wohlfahrtsverbandes.



- Die Stadt Friedberg bezahlt direkt die personelle Aufstockung des bisherigen Betreuungspersonals, das der Caritasverband Aichach-Friedberg im Auftrag des Landkreises Aichach Friedberg zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stellt.

4. Überlegungen/Bewertung

Von der eigenen Aufgabenerfüllung durch eigenes städtisches Personal ist grundsätzlich abzuraten. Neben den klassischen Personalfragen, wie zum Beispiel Urlaubs- und Krankheitsvertretungen, ist derzeit die Verwaltung fachlich nicht in der Lage, diese Person zu unterstützen oder zu begleiten. Eine Anleitung durch einen Fachvorgesetzten erweist sich aufgrund der sehr speziellen Fachmaterie als äußerst schwierig. Außerdem wären dabei noch interne Fragen, wie zum Beispiel Büroräume, Fahrzeug, oder dergleichen, noch zu klären.

Der Landkreis Aichach Friedberg bedient sich seit geraumer Zeit der fachlichen Kompetenz und dem Netzwerk des Caritasverbandes e.V. im Landkreis Aichach Friedberg und hat insbesondere auf dem damaligen Drängen der Stadt Aichach bisher die Kosten von derzeit 1,5 VK übernommen. Festzustellen ist jedoch, dass damit insbesondere aber der Landkreis Süden derzeit nicht ausreichend versorgt werden kann bzw. wird. Deshalb wäre wohl die Überlegung legitim, den Landkreis Aichach-Friedberg über den politischen Weg zu einer Ausweitung der Personalkapazitäten anzugehen und dabei insbesondere die bessere Versorgung des Landkreissüdens zu forcieren. Die Finanzierung erfolgt dann über eine erhöhte Kreisumlage, die jedoch nicht in voller Höhe der damit verbundenen Personalkosten wie bei anderen Lösungsansätzen die Stadt Friedberg treffen würde. Ein Nachweis bzw. die Sicherheit, dass mit dieser Stellenmehrung insbesondere oder gar ausschließlich das Stadtgebiet Friedberg profitieren kann, ist jedoch nicht gegeben.

Die mit der Anstellung vom eigenen städtischen Personal verbundenen Schwierigkeiten umgehen zu können, wäre ein Outsourcing an geeignete Wohlfahrtsverbände denkbar. Diese könnten dann einen höheren Mehrwert zur Aufgabenerfüllung generieren, da sie selbst über ihre Infrastruktur und ihr bestehendes Netzwerk effizienter und vor allem mit weiteren Ehrenamtlichen operieren könnten. Klassische Personalfragen, insbesondere auch der Gewinnung von geeignetem Fachpersonal würden nicht die Stadt Friedberg belasten. Ein weiterer Vorteil wäre die direkte Steuerungsmöglichkeit und die Beschränkung des Personaleinsatzes auf das Stadtgebiet Friedberg. Infrage kämen dabei die beiden örtlich vertretenen Wohlfahrtsverbände, der Kreisverband des Bayerischen Roten Kreuzes Aichach-Friedberg sowie der Caritasverband e.V. für den Landkreis Aichach Friedberg.

Eine Fortentwicklung des vorgenannten Vorschlages würde die Aufstockung des durch den Caritasverband bereits zur Verfügung gestellten Personals für diese Aufgabenerfüllung darstellen. Dabei könnte das gesamte Netzwerk und die hohe fachliche Kompetenz, die derzeit bereits in Aktion ist, mit der Vorgabe des ausschließlichen Einsatzes im Stadtgebiet kombiniert werden. Ein Nachweis und eine Begrenzung der beauftragten Kapazitäten auf das Stadtgebiet Friedberg sind jederzeit möglich. Durch die landkreisweite Zuständigkeit des Caritasverbandes ergeben sich auch fachbezogene Synergie-Effekte. Soweit dann tatsächlich im Stadtgebiet Friedberg die Gemeinschaftsunterkunft an der Ausfallstraße in Betrieb genommen wird, wird dann diese durch zusätzliche sozialpädagogische Kräfte der Regierung



von Schwaben betreut. Hierdurch wird es aber wohl zu Verschiebungen des bisherigen Zuschussgefüges, damit zulasten des Landkreises Aichach-Friedberg, kommen.

Aufgrund der möglichen Handlungsoptionen ist es geboten,

- politisch eine exakte Zieldefinition des Friedberger Weges , und
- eine enge Abstimmung mit dem Aufgabenträger Landkreis Aichach-Friedberg vorzunehmen.